



CDU- Stadtratsfraktion



SPD-Stadtratsfraktion

An die
Vorsitzende
des Jugendhilfeausschusses
Frau Kirli-Selen

Nachrichtlich Herrn Bürgermeister Stefan Rosemann

Siegburg, 22. Mai 2026

Antrag CDU/SPD zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses

- Anpassung der Einkommensgrenze bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offene Ganztagschulen

Sehr geehrte Frau Kirli-Selen,

die Koalition aus CDU und SPD beantragt zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Anpassung der Einkommensgrenze bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offene Ganztagschulen“ und bittet um folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offene Ganztagschulen dahingehend zu ändern, dass die derzeitige unterste Einkommensgrenze für die Beitragspflicht auf 37.000 Euro Jahreseinkommen angehoben wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderliche Satzungsänderung so vorzubereiten, dass eine Beschlussfassung durch den Rat der Stadt noch vor Beginn des Kindergarten- und Schuljahres 2026/2027 erfolgen kann. Die Neuregelung soll folglich zum 1. August 2026 in Kraft treten.“

Begründung:

Die derzeit geltende Einkommensgrenze, ab der Eltern Beiträge für die Betreuung ihrer Kinder in Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege sowie in Offenen Ganztagschulen entrichten müssen, entspricht vielfach nicht mehr den tatsächlichen wirtschaftlichen Belastungen von Familien. Insbesondere Familien mit niedri-



CDU- Stadtratsfraktion



SPD-Stadtratsfraktion

gen und mittleren Einkommen stehen angesichts gestiegener Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten zunehmend unter finanziellem Druck.

Eine Anhebung der unteren Einkommensgrenze auf 37.000 Euro Jahreseinkommen stellt daher einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Familienfreundlichkeit dar. Familien mit geringem Einkommen sollen entlastet und der Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung sowie zu verlässlichen schulischen Betreuungsangeboten unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern erleichtert werden.

Gerade die frühkindliche Betreuung und Bildung in Kindertageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege, aber auch die Angebote der Offenen Ganztagschule, sind zentrale Bausteine für Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die vorgeschlagene Anpassung trägt dazu bei, finanzielle Hürden abzubauen und Familien in der aktuellen wirtschaftlichen Situation gezielt zu unterstützen.

Da der Jugendhilfeausschuss letztmalig vor Beginn des Kindergarten- und Schuljahres 2026/2027 am 16. Juni 2026 tagt, ist eine anschließende Beschlussfassung durch den Rat der Stadt im Juli 2026 erforderlich, damit die Entlastung der Familien bereits ab dem 1. August 2026 wirksam werden kann.

Für die CDU-Fraktion

Lars Nottelmann

Für die SPD-Fraktion

Lukas Wagner

Barbara König

Zeynep Kirlı

Sabine Nelles

Boden-Wirtz, Maria

Von: Gremien Siegburg
Betreff: Änderung Antrag CDU/SPD zum JHA

Von: Lukas Wagner <lukas.wagner@spd-siegburg.de>
Gesendet: Dienstag, 2. Juni 2026 14:06

Betreff: Änderung Antrag CDU/SPD zum JHA

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Rücksprache mit der Verwaltung möchte ich im Namen der Koalition unseren Antrag für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zur Anpassung der Einkommensgrenzen bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offene Ganztagschulen wie folgt ändern:

Bisherige Fassung:

„Die Neuregelung soll folglich zum 01. August 2026 in Kraft treten.“

Neue Fassung:

„Die Neuregelung soll zum 01. Januar 2027 in Kraft treten.“

Ich bitte um entsprechende Berücksichtigung der Änderung.

Mit freundlichen Grüßen
Lukas Wagner
-Fraktionsvorsitzender SPD Fraktion-